

höheren destruktiven Einflüssen zu opfern. Und es mehr sich solche fühlbar machen, denn härter wurde die Regierung Kraft und zwar nicht nur in Bayern selbst. Es ist kein Geheimnis, wie sehr die Unzufriedenheit des Volkes mit den demokratischen Zuständen in Deutschland geworden ist und den letzten Monaten zu kommen und den Beamten der leitenden Männer und Parteien unerlässliche Anklagen ausübt. Wenn es es nicht mehr eine kleine Differenz, die des „Konservativen“ durch Konzeptionen an die Straße mache ist und die Unterwerfung der Autorität der Staatsbehörden und Sicherheit durch die Politik der Reichsregierung vorurteilt; sofern jedoch dennoch verlor Deutschland jetzt nach einer Regierung, die endlich den Frieden und das Gleichgewicht im Innern wiederherstellt und in den demokratischen Verbündeten jenes Gefühl für Volk und Vaterland wieder wachst, daß die Grundlage jedes geordneten Staatswesens sein müsse. Da aber solches bisher nur der Regierung Kraft in Bayern gelungen, so ist es nicht zu verwundern, wenn viele Kreise in ihm den einzigen deutschen Staatsmann der Neuzeit und in dem neuen Kaiser Kraus einen Huber zu einer besseren Zukunft hoffen; denn wer hätte damals, als in Berlin der erste Schuh eines Gräberger's sei, davon gesprochen, die Regierung des Herrn Gert dafür verantwortlich zu machen? Nun aber hätte die konservative Hebe gegen Kraus genug vorbereitet, und während man die beobachteten Phänomene mit den alten Schlagwörtern wiederum zur Unterwerfung der Reichspolitik mobilisiert hatte, konnte man es unternehmen, v. Kraut zu kurzen und Bayern zu „unterwerfen“. Die Hoffnung, die man dabei auf das bürgerliche Zentrum, die konservative Partei des Vaders, gesetzt hatte, hat nicht erfüllt durch ihren Kurs auf rechten Recht wurde dem Minister ein weiteres Verbleben unmöglich gemacht und die Herrschaftsrechte des Reiches über Bayern ausklang. Mit der Ministerkrise war aber in Bayern auch die Parlementärsfrage da, denn die gesamte Rechte stand auf der bisherigen Basis und die neue Regierung mußte, ähnlich wie in Berlin, auf wesentlich schwächerer Basis gebildet werden.

Die Vorkämpfer der Vereinheitlichung Deutschlands haben also wieder einen Sieg davongetragen, seinen Sieg, den sie haben müssen, um im Reichstag nicht mit leeren Händen vor ihre Freunde treten zu müssen. Denn die Neubildung der Regierung im Reiche steht bevor, doch bald müssen vor allem Sozialdemokraten und Demokraten befriedigt werden, sonst wird Dr. Wirth sein zähe geholtetes Amt an einen anderen abgeben müssen. . . . Und doch wird jeder, der das Deutschland von heute kennt, mit annehmen müssen, wenn ich sage, daß dieser „Sieg“ eine Niederlage gerade des Nationalisierungsbündnisses bedeutet. Besonders in Bayern. Denn der Bauer, der 1871 gleich allen anderen als Krieger in den deutschen Bundesstaat eingetreten ist, hat vor drei Jahren in Wilmersdorf um des Lebens Friedens willen schon auf sehr viel versichert, auf seine durch die alte Verfassung gewährleisteten Referendumskreise, seine Einmischung, seine Verkehrshoheit usw. — um nun auf einmal zu sehen, daß er nicht mehr Herr ist im eigenen Lande. Die Stimmung, die das alles im Süden ausliefert, wird die gegenwärtige Reichstagswahl um so weniger als Altkreisposten buchen können, als man in Bayern sofort erkannte, daß mit dem Abgang v. Kraus und dem Ausscheiden des Mittelvorsitzes ein Sackenwechsel eingetreten ist, den nur eine schwache Blinderheit wünschen konnte. Um aber v. Kraut befriedigen zu können, hat man im übrigen Deutschland mit kräftiger Hilfe der Linken eine Konsensstimmung gegen Bayern erzeugt, die dem Vereinheitlichungsgegenden wiederum alles andere als nützlich sein muß. So hat sich wieder einmal das alte Wort bewährt, daß wohl ein Unterschied ist zwischen dem deutschen Norden und Süden, der Gegensatz aber erst geweckt werden muß. Vor nahezu 50 Jahren erzeugte der berühmte Kulturkampf eine ähnliche Stimmung wie jetzt. Damals aber sah auf dem Kanzlerbalkon im Reichstage zu unserem Glück ein Bismarck; heute aber — Dr. Wirth.

Recht wenig bedeutend war die Lage der linken, die nun in Bayern eine Schwäche nach dem Willen der Reichsregierung auszuführen haben. Denn die linken Ergründen haben dem Mann, der die Verantwortung für den neuen Kurs nicht tragen wollte, keine Sympathien in allen Kreisen geschenkt, und eine Stimmung im Volke erzeugt, die auch die schönsten parlamentarischen Künste nicht auf die Türe werden lassen können und die in ihren Auswirkungen folgerichtig das erzeugen muß, was man verhindern wollte: eine weitere Stärkung der bürgerlichen Rechten. „Bemühter Stimmung rechts und links, in der Mitte ein böhmer Raum“ — so charakterisierte mir gegenüber ein bürgerlicher Politiker die jetzige Lage. Ob der Nachfolger v. Kraus die starke, siebzehnjährige Hand zeigen wird, die nötig ist, um sein Schifflein durch die kommenden schweren Zeiten zu steuern? Der neue Mann, der dem linken Flügel des bürgerlichen Zentrums nebstehet, ist politisch ein noch unbeschriebenes Blatt, so daß ein abschließendes Urteil über seine Persönlichkeit als Politiker wohl erst die Zukunft bringen kann. Immerhin dürfte wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß mit seiner Wahl ein Kurswechsel in Bayern erfolgt ist. Aber hat er sich offiziell für das alte Programm der Regierung Kraft erklärt, aber deutlicher als theoretische Programmdenkschrift sein Eifer, die Taten seiner Vorausgeber zu richten und der Austritt der bürgerlichen Rechten aus der Regierung und dem Hof. Lebhaft die Person des neuen bürgerlichen Ministerpräsidenten schreibt die „Münchne Sta.“: „Das Urteil folgter, die ihn kennen, lautet zurückhaltend und nicht beobachtungsfrei an. Im Gegenteil, zu der Vertrauten einschlägigen, herablassenden Charakteristikat Kraus sei eine willkürliche, den Umlieben der Parteien vielleicht angänliche Raupe. In Warschau habe er es sich besonders anelegten, sein lassen, daß Wohlwollen der Volks zu gewinnen. Politisch habe er, bis er der bürgerlichen Volkspartei hörte, auf dem demokratischen Standpunkt des Grafen Bernstorff gehandelt.“ Ob die Gerüchte auf Wahrheit beruhen, die da wissen wollen, daß der neue Vorsitz der Gesellschaft Bayerns dem Donauabenddank an Impartialität gegenüberstehe, wollen wir dahingestellt sein lassen. Als Empfehlung für den neuen Mann dürfte es aber kaum gelten, daß dieselben Blätter, die während des Krieges von der feindlichen Propagandazentrale als der Sache der Alliierten nützlich und zur Vertreibung unter den deutschen Kriegergängern geplant empfohlen worden sind, nun seine Wahl als „lebhaft zu begünstigende Entschluß“ bezeichnet haben. Doch nochmal: es muß abgewartet werden, wie der Nachfolger Kraus das Erbe seines großen Vorgängers verwerten wird. Soll die Kanzlei tatsächlich nun nach Süß geben, wofür er beim bürgerlichen Volke weder Neigung noch Verständnis finden wird, so ist zu erwarten, daß das Land von neuem schweren Erfahrungen erneutnecht; dann allerdings bedeuter die Kanzlei Verchenfeld wiederum einen neuen Abschnitt in der bürgerlichen Entwicklung.

So gäbe der bürgerliche Weg von der konstitutionellen Monarchie über die Parteidaten der Revolution zur sozialistischen Republik, dann abwärts nach Süß zur Machtenschaft und von da langsam aufwärts zu deutscher Ordnung. Und nun wieder eine scharfe Abwendung. Quo vadis, Bavaria?

#### Der neue Münchner Polizeipräsident.

München, 7. Okt. Zum Polizeipräsidenten von München wurde heute Ministerialrat Eduard Nory ernannt. Nory ist aus dem Handelsministerium hervorgegangen, war unter der Regierung Hoffmann Staatskommissar von Nordbayern, wo er den konservativen Auftrücksverboten gegenüber die Ordnung aufrecht erhält. Er war später beteiligt an den Verhandlungen zur Entwaffnung der Einwohnerwehr und wurde von der neuen Regierung Verdenfeld zum Staatskommissar für die Oppauer Ölaktion berufen.

#### Dr. Wirth über Oberschlesien.

Kreisburg i. Br., 7. Okt. Der Reichskanzler empfing den Korrespondenten der „Vaterländischen National-Zeitung“ und gab ihm eine Unterredung, die folgenden Verlauf nahm:

Wie steht es mit Oberschlesien? — Über den Stand der oberschlesischen Angelegenheit kann ich Ihnen bestimmte Angaben nicht machen. Wir wissen weder, ob die Meldepflichten aufreihend sind, daß der Spruch des Volkerbundsrates in den nächsten Tagen bekanntgegeben wird, noch wissen wir, welche Vorschläge sich der Volkerbundsrat zu eigen macht. Ich kann mich weder politisch noch optisch äußern. Nur uns gibt es nur eine Frage: Unter welcher unbefriedigter Gewalt an unserer Regierung?

Wie denken Sie, Herr Reichskanzler, über die Zukunft des Landes, wenn das Gesetz bei Deutschland bleibt? — Was die rechtliche Seite Ihrer Frage betrifft, so kann ich Sie nur auf die Antwort verweisen, die der Reichskanzler des Innern am letzten Freitag auf die Anfrage eines polnischen Abgeordneten gegeben hat. Grauauer erklärte im Einvernehmen mit der preußischen Regierung, daß das Gesetz betreffend Oberschlesien vom 27. November 1920, das sogenannte Autonomiegesetz, unter allen Umständen durchsetzt werde, so daß in jedem Falle die oberschlesische Bevölkerung selbst durch Abstimmung über die Bildung eines Landes Oberschlesien entscheiden wird. Ich kann das nur nochmals unterstreichen: was durch das Gesetz den Oberstufenkern angeht, das wird auf jeden Fall gehalten werden. Das Schicksal des Landes liegt in die Hände der Bevölkerung selbst gelegt. Die Bestimmungen der Weimarer Verfassung bieten in bereits die Gewalt, daß in Oberschlesien die natürlichen Rechte der Bevölkerung erhalten bleiben, die sich aus den Besonderheiten dieses Landes erheben. Niemand darf im Gebraude seiner Muttersprache, sei es polnisch, sei es deutsch, behindert werden. Selbstverständlich sei auch die völlige Freiheit der Religionsausübung. In einem Land wie Oberschlesien kann die Bevölkerung überwiegend noch Maßnahmen in geheimer Form zur Durchführung bringen, die sie für die Erhaltung der kulturellen Eigenart Oberschlesiens für notwendig erachten.

Frage: Was halten Sie, Herr Reichskanzler, von der Vergleichung nach dem Vierung in Oberschlesien? — Ich glaube sehr daran, daß eine Politik der Verbindung die allerbeste Lösung der oberschlesischen Krise, wie sie sich darstellt, sein wird. Ich glaube auch daran, daß eine solche Politik die einzige ist, die wir betreiben können. Erfolg hat, weil sie Erfolg haben muss. Nur eine Verbindung kann diesem Lande den langersehnten Frieden geben. Die deutschen Kreise in Oberschlesien sind ehrliche Anhänger des Verbindungsbündnisses. Sie haben nach dem Plebisitiz ihren politischen Freunden die Hand geboten. Da kam der Aufstand, der zunächst jede Verbindung zunächst machte und den neuen Blutverlusten über das Land brachte. Aber die Ergebnisse des dritten polnischen Aufstandes haben doch gezeigt, daß nur eine Verbindung das Hellmittle ist, das allen helfen kann. Die oberschlesische Bevölkerung darf überzeugt sein, daß niemand aus seiner Haltung während und nach der Abstimmung irgendwelcher Schaden oder Nachteil erwachsen würde. Wir müssen aber auch von den Oberstufenkern, die am 20. März ihre Stimme für Polen abgegeben haben erwarten, daß sie, wenn die Entscheidung über Oberschlesien gefallen ist, ehrlich und loyal am Wiederaufbau Oberschlesiens mitarbeiten. Wir glauben, daß auch erwarten zu dürfen, da eine gemeinsame Wiederaufbauarbeit aller Bevölkerungskreise dringend vonnöten ist, wenn die durchbaren Kunden geholt werden sollen, die die Abhängigkeit dem Lande geschlagen haben. Anwälten alle Augen im Deutschland nach. Eine Entscheidung, die unserem guten Recht nicht entspricht, würde nicht nur jede Möglichkeit eines Wiederaufbaus für das unabhängige Oberschlesien vernichten. Sie würde auch die demokratische und friedliche Politik Deutschlands insgesamt in Oberschlesien treffen. Gute Gott, daß sich diese deutsche und auch europäische Leidensfrage zum Guten wende! (W. T. V.)

#### Ein für Deutschland ungünstiges Resultat?

(Eigner Träuberbericht der „Dresden Nachrichten“.) London, 7. Okt. Den Londoner Blättern gingen mehrere aus Paris kommende Meldungen an, wonach die Volkerbundskommission ein für Deutschland ungünstiges Resultat als Gedanken dem Obersten Rat über Oberschlesien erhalten werde. Der Oberste Rat werde nach Empfang der Note unmittelbar zusammenentreten.

#### Geheimes Verschreben über Oberschlesien.

(Eigner Träuberbericht der „Dresden Nachrichten“.) Genf, 7. Okt. Die heutigen Genfer Blätter schreiben, daß über die unmittelbar bevorstehende Sitzung des Volkerbundsrates ein erneutes strenges Schweigeverbot ergangen ist, das von allen Delegierten durch Unterschrift erkannt werden müssen. Das „Journal“ erläutert, daß auch das Resultat über Oberschlesien so lange geheimgehalten werden soll, bis die militärischen Sicherungen in Oberschlesien zur Verstärkung der Entscheidung durch die Interalliierte Kommission durchgeführt seien. Die Verkündung der Entscheidung sei aber erst nach der Ankündigung des Beschusses durch den Obersten Rat opportun.

#### Englands Haltung gegenüber dem oberschlesischen Problem.

London, 7. Okt. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt zur Haltung Großbritanniens gegenüber dem oberschlesischen Problem: Nachdem die britischen Staatsmänner die oberschlesische Frage dem Volkerbundsrat unterbreitet und sich bereiterklärt haben, sich an seine Maßnahmen zu halten, haben sie sich strengstens jeder Anfrage an den Rat enthalten, bis seine Maßnahme erkannt sein würden. Der britischen Regierung lägen feinerlei genaue Informationen über die Beschlüsse des Volkerbundsrates vor. Es sei ihr nur bekannt, daß der Rat eine Übereinkunft in Erwägung ziehe, die sich der Skozialistin nähere, und daß er sich mit der Frage der Verhinderung wirtschaftlicher Schäden beschäftige, die mit einer Teilung des Industriegebietes verbunden wäre. Nach der Bekanntgabe der Entscheidung des Volkerbundsrates würde sich die Erörterung dieser Entscheidung nur auf ihre praktische Durchführung beschränken. (W. T. V.)

#### Neue Unruhen der schwarzen Bestien.

Berlin, 7. Oktober. Wie die „D. Allg. Zeit.“ berichtet, haben am 25. September nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr auf der Straße Karlsbad—Döbeln zwei marokkanische Soldaten vom Schäfer-Regiment Nr. 63 eine Frau Karoline B. und ihre 16-jährige Tochter überfallen. Der eine der Marokkaner hielt den Mutter den Mund zu, ließ sie ihr das Feuergefeuer auf die Brust und schleppte sie dann einen Abhang hinunter. Es gelang jedoch der Frau, sich so lange der beobachteten Verfolgung zu erwehren, bis der Schwarze vor einem vorüberkommenden Elektromonteur die Flucht ergriff. Anwälte ernebten den anderen Marokkaner die kleine und schwachsinnige Tochter, schleppte sie in den Wald und vergewaltigte sie. Die Attentäter konnten trotz der sofort aufgenommenen Verfolgung nicht eingeholt werden.

#### Die deutsche Sprache in Eupen-Malmedy.

Brüssel, 7. Oktober. Der belgische Minister des Innern hat es für wünschenswert befunden, daß belgische Staatsbeamte, die in Eupen-Malmedy in amtlicher Eigenschaft zu tun haben, sich der deutschen Sprache bedienen, weil die Bevölkerung Französisch nicht verstehe.

#### Die Schantungsfrage.

Paris, 7. Okt. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus New York hat die chinesische Regierung auf den Vorschlag Japans über die Regelung der Schantungsfrage ablehnend geantwortet. (W. T. V.)

#### Amerika gegen Moskau.

##### Ludendorffs Ansicht.

New York. Der „New-York Herald“, das Blatt des Präsidenten Harding, der die von General Ludendorff mit Arnold Böckberg gemeinsam verfaßte umfangreiche Denkschrift über die Gefahr des Volkerbundes am 21. August 1920 veröffentlicht hat, hat an General Ludendorff noch weitere Fragen gestellt. General Ludendorff hat auf diese Fragen im einzelnen folgende Antworten erbracht:

Frage 1. Wie könnte Amerika aktiv an einem militärischen Programme gegen die Sowjetregierung teilnehmen, wie es in der vom „New-York Herald“ veröffentlichten Denkschrift umrissen ist? — Antwort: Ludendorff: Ich glaube kaum, daß die Vereinigten Staaten von Amerika nochmals durch Entsendung von Truppen nach dem europäischen Kontinent in europäische Kriegen einzutreten werden. Ich glaube eine Expedition der europäischen Großmächte gegen die Sowjetregierung durch die Lieferung von Kriegsmaterial und Transportmitteln sehr wesentlich unterstützen könnten. Das wäre umso wichtiger, als die deutsche Wirtschaftssubjekte nach den Bestimmungen des Friedensvertrages vollkommen zerstört ist.

Frage 2. Angenommen, daß die Vereinigten Staaten einen wesentlichen Teil der finanziellen Lasten dieses militärischen Unternehmens tragen, welche politischen und militärischen Kompensationen würden die Vereinigten Staaten durch die vorläufige Regierung, die nach dem Sturz des Volkerbundes einzutreten wäre, erhalten? — Antwort: Ludendorff: Europa abgesehen von der offensiven Gefahr des Volkerbundes an der Ausschaltung des russischen Wirtschaftsgebietes zugrunde. Wenn es nicht gelingt, den wirtschaftlichen Niedergang Europas aufzuhalten und diesen Kontinent der Gewindung entgegenzustehen — was nach meinem Dafürhalten allein durch eine tatsächliche

Lösung der russischen Frage möglich wäre — dann wird nicht nur Russland, sondern noch nach das gesamte Europa auf den wirtschaftlichen Wechselbeziehungen zu Amerika ausscheiden. Ob die Wirtschaft der außer europäischen Kontinente einen derartigen Zusammenbruch des gesamten Europas, wie er sich allein schon durch die Zerrüttung der Valuten zu zeigen beginnt, ertragen könnte, ohne selbst schwer gefährdet zu werden, ist ungewiß. Drittens müßte eine neue russische Regierung den Vereinigten Staaten außer der allmählichen Rückverteilung aller, den Vereinigten Staaten aus der Hölle für Russland entzessenden Kosten wirtschaftliche Kompensationsschritte als Begleistung einräumen. Das würde auch für Russland lange Zeit hinlang nicht mehr mögig imstande wäre, aus eigener Wirtschaftskraft die armen Reichstümer des russischen Bodens auszunutzen, deren Erforschung gerade für die Wohlhaber des russischen Volkes erforderlich ist. Russische Kompensationen an die Vereinigten Staaten müssen wiederum den Vereinigten Staaten durch alle an der Expedition gegen die Sowjetregierung beteiligten Großmächte zu garantieren. Die den Vereinigten Staaten einzurechnenden Kompensationen wären vor Beginn der Expedition zu

Beteiligung des russischen Volkes durch Vertrag zwischen allen beteiligten Mächten festzulegen. Dagegen scheint nicht welche militärischen Kompensationen eine russische Regierung den Vereinigten Staaten geben könnte, da Russland und die Vereinigten Staaten sowohl voneinander getrennt sind, daß ein militärischer Aufmarsch zwischen beiden Ländern in irgendeiner absehbaren Zeit unbedenklich scheint.

Frage 3. Würde es, nachdem die deutsche Armee aufgegeben ist, möglich sein, in Deutschland eine genügende Anzahl Offiziere und Mannschaften zu einer Expedition gegen die Sowjetregierung zu finden? — Antwort: Das deutsche Volk sieht derzeit keine Hoffnung für die Zukunft. Würde den deutschen Volke unter der Bedingung, daß es zur Befreiung des russischen Volkes mithilft,

ein Weg zum Wiederaufstieg geöffnet, dann werden nach meiner Überzeugung genug Offiziere und Mannschaften als Freiwillige zu den Fahnen eilen.

Frage 4. Würde sich Deutschland damit begnügen, eine europäische Konfrontation nicht zu sein, oder versuchen, durch die Wiederaufrichtung einer Militärorganisation ein Gengewicht gegen die französische Militär-Hegemonie zu schaffen? — Antwort: Ein Industrie-Staat wie Deutschland, welcher in wirtschaftlichen Wechselbeziehungen zur ganzen Welt steht, kann seiner Natur nach kein Staat ausschließlich kontinentalen Charakters sein. Das wäre nur dann denkbar, wenn die deutsche Industrie zum völligen Absterben käme. Ein solches Absterben der deutschen Industrie aber würde der gesamten Weltwirtschaft einen mindestens ebenso schweren Schaden aufzubauen, wie es die Verhöhung des russischen Wirtschaftsgebietes gewesen ist. Die Militär-Hegemonie einer einzelnen Macht auf dem europäischen Kontinent habe ich immer schon für gefährlich gehalten und daher in der Zeit vor dem Weltkrieg die Misshandlungen der Deutschland benachbarten Staaten nicht ohne Schwere beobachtet. Störungen des Gleichgewichts haben in der Geschichte bisher noch immer zu erheblichen Spannungen und Entladungen geführt. Wäre es möglich, einen Ausgleich zu finden, welcher den Lebensnotwendigkeiten des französischen und des deutschen Volkes gerecht wird, so wären damit die Gefahren, welche die Zukunft Europas bedrohen, wesentlich verminder. Eine solche Möglichkeit scheint gegeben, wenn sich Frankreich entschließen könnte, an dem großen Wert der Wiederaufrichtung Russlands mit dem deutschen Volk und mit den Engländern zusammenzuarbeiten.

Frage 5. Denken Sie, daß irgend ein praktisches

##### Resultat in der Abstimmungsfrage

durch internationale Konferenzen erreicht werden kann? — Antwort: Die Anregung des Präsidenten Harding zur Abstimmung der Völker halte ich für wertvoll. Nach den bisherigen Erfahrungen glaube ich aber kaum, daß trotz idealer Absichten durch internationale Konferenzen viel erreicht werden kann. Bei derartigen Konferenzen verhandeln die Vertreter der Mächte zusammen nicht ohne weit voneinander abweichende Sonderinteressen. Nach meinem Dafürhalten können die Mächte nur dann beschrankt werden, wenn es gelingt, die Interessendifferenzen zwischen den Mächten möglich auszugleichen.

Frage 6. Glauben Sie, daß die augenblickliche Politik der amerikanischen Regierung, lediglich eine Fabrik-Armee von 150.000 Mann aufrecht zu erhalten, eine für Amerika kluge Politik ist? — Antwort: Ich kann und will natürlich dem amerikanischen Volke seine Meinung nicht erteilen. Die Regierung der Vereinigten Staaten und deren verantwortliche Militärs werden sicherlich genau wissen, welcher militärischen Waffensmittel die Vereinigten Staaten bedürfen. Von Kanada, welches im Norden den Vereinigten Staaten angrenzt, wird den Vereinigten Staaten kaum Gefahr drohen, und Mexiko, welches im Süden der Vereinigten Staaten liegt, wird ganz sicher niemals die Vereinigten Staaten militärisch gefährden können.

#### Die deutsche Rote-Kreuz-Egpedition in Rußland.

Berlin, 8. Okt. In einem Bericht an das deutsche Rote Kreuz vom 20. v. M. teilt Professor Mühlendahl mit, daß die Hilfsexpedition des deutschen Roten Kreuzes in Petersburg von Vertretern der Regierung des russischen Roten Kreuzes, der Kriegsbehörde sowie der Gewerkschaften auf herzlich empfangen wurde.